

Stummer Protest beim Spatenstich



Mitglieder der Hardtberger Grünen und der Bürgerinitiative protestieren gegen die Bebauung des Meßdorfer Feldes. Foto: Roland Kohls



Alfred Locklair (von links), Petra Thorand und Rainer Jenniches greifen zu den Spaten. Foto: Roland Kohls

Die VR-Bank Bonn hatte viele Gäste zu dem symbolischen Startschuss eingeladen und wurde von der Protestaktion der Bürgerinitiative "Zur Erhaltung des Meißdorfer Feldes" und der Hardtberger Grünen überrascht. Mit mehreren Transparenten demonstrierten sie gegen die Bebauung und für den Erhalt des Meißdorfer Feldes.

Bankvorstand Rainer Jenniches behielt trotz der Hitze kühlen Kopf und ließ die Umweltschützer an der Veranstaltung teilnehmen.

Das Baugebiet: Auf der 45 000 Quadratmeter großen Baulandfläche in Duisdorf entsteht neuer Wohnraum für mehr als 200 Familien. Voraussichtlicher Baubeginn der Häuser ist Anfang 2010.

In dem Wohngebiet werden ein 1 500 Quadratmeter großer Spielplatz, ein 2 000 Quadratmeter großer Park und eine 2 900 Quadratmeter große Kindergarten-Fläche integriert. Zu den Bahngleisen hin wird ein 9 500 Quadratmeter großer Grünraum als Abstandsfläche angelegt.

Das Investitionsvolumen liegt bei insgesamt 45 Millionen Euro. Der Investor, die WGZ Immobilien + Treuhand GmbH, sagt zu, dass im wesentlichen regionale mittelständische Unternehmen die Bauaufträge erhalten sollen.

"Das heiße Wetter passt zu den hitzigen Diskussionen aus den Vorjahren", schmunzelte Jenniches und verdeutlichte dann umso ernster die Bedeutung des Projektes.

Bezirksbürgermeisterin Petra Thorand pflichtete dem Bänker bei: "Diese Baumaßnahme wird die Attraktivität unseres Stadtbezirks nochmals erhöhen und ihm Auftrieb geben." Thorand, Jenniches und Alfred Locklair, Geschäftsführer der WGZ-Immobilien, griffen daraufhin zu den Spaten und gaben das Startzeichen für den Bau der Erschließungsstraßen in dem Karree Lessenicher Straße, Schmittgasser Kirchweg, Herzogstraße und Bahntrasse. Anschließend werden auf dem Areal, das 60 Grundstücke umfasst, freistehende Einfamilien-, Doppel- und Mehrfamilienhäuser gebaut.

Vermarktet werden die Grundstücke von der V+R Immobilien GmbH, einer Tochtergesellschaft der VR-Bank Bonn. Die Investoren und Vermarkter verwiesen auf die zentrale Lage der "Grünen Mitte Duisdorf". Öffentliche Verkehrsmittel sind durch kurze Wege zu erreichen. Eine Autobahnanbindung ist ebenfalls in der Nähe.

Jenniches betonte, dass die Lessenicher Straße teilweise zurückgebaut und zu einem Fuß- und Radweg umgestaltet werden wird, was zu einer deutlichen Verkehrsberuhigung in dem Wohnviertel führen werde. Die neue Zuwegung zum Baugebiet wird über einen Kreisverkehr an der Einmündung Orchideenweg erfolgen. Entlang des Schmittgasser Kirchweges soll ein neuer Gehweg entstehen.

Gertrud Smid, Fraktionssprecherin der Hardtberger Grünen, und Rudolf Schmitz von der Bürgerinitiative begründeten ihre gemeinsame Protestaktion: "Wir wollen verhindern, dass hier der Eindruck entsteht, dass alle Bürger mit der Baumaßnahme einverstanden sind. Wir werden versuchen, mit aller Macht zu verhindern, dass zumindest der zweite Bauabschnitt nicht realisiert wird."

Geplant ist, in absehbarer Zeit die "Grüne Mitte Duisdorf" in Richtung Norden um die gleiche Fläche zu erweitern. Die Gegner erinnern daran, dass damals die Entscheidung im Stadtrat ganz knapp für die Bebauung ausgefallen war.

Wichtiger Aufschwung

Kommentar

Von Holger Willcke

Man mag für oder gegen die Bebauung des Meßdorfer Feldes sein: Das Bauprojekt "Grüne Mitte Duisdorf" basiert auf einer demokratischen Entscheidung - auch wenn die Abstimmung im Stadtrat seinerzeit knapp ausfiel.

Auch das Oberverwaltungsgericht Münster hat entsprechende Klagen zurückgewiesen. Das müssen die Gegner anerkennen. Dass in Bonn neuer Wohnraum nachgefragt wird, beweisen alle Marktanalysen.

Von dieser Beliebtheit profitiert die heimische Wirtschaft. Die "Grüne Mitte Duisdorf" ist bester Beweis dafür: Der Investor spült 45 Millionen Euro in die Kassen regionaler Betriebe. Dennoch: Die Stadt ist gefordert, sowohl Wirtschaftswachstum als auch Naturschutz zu berücksichtigen. Beides muss gleichermaßen gefördert werden.